

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 34

Sonnabend, den 26. August 1922

26. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Geperri“, „Streik“, „Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

### Geperri:

In Jena (Grabsteingeschäfte von Ebert u. Meyer). In Niedernreuth (Grabsteingeschäft und Schleiferei von Max Zentler). In Feuchtwangen (Mittelfrank.) die Grabsteingeschäfte von Gustav Meyer und Joh. Stieglitz. Die Dortmunder Union (Schofenbau) von Steinmetzen unbedingt zu meiden.

### Streik:

In Altengronau. In Steinach (Firma M. Ohl, Griffelindustrie). In Nachen (Steinmetzen). In Neustettin. In Frankfurt a. Oder.

### Zugzug fernhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Bürgstadt (Betrieb Firma Holzmann). Von Gerford, Lippe-Deimold. Von Sangerhausen (Grabsteingeschäfte Lehmann und Stab und Bahl), sowie von den Zweiggeschäften der Firma Lehmann in Frankenhäuser a. Kyffh. und in Sondershausen. Von Geestemünde-Wulsdorf. Von Arnstadt i. Thür.

Sächsische Pflasterstein- und Schotterindustrie. Infolge der enormen Teuerung wurde den Arbeitgeberverbänden von der Gauleitung die Unmöglichkeit dargelegt, zu den vereinbarten Lohnsätzen bis Mitte September durchzuhalten. Neue Forderungen mit Wirkung vom 31. August bzw. 1. September sind eingereicht.

### Erlebte Bewegungen.

Ruhrlandsteingebiet: Ab 1. August tritt für die Tagelöhner eine 35prozentige und für die Affordarbeiter eine 30prozentige Erhöhung ein.

Magdeburg. Stundenlohn der Steinmetzen vom 12. bis 31. August 51,35 M.; vom 1. bis 15. September 57,50 M.

Berlin. Die neugegebenen Löhne bis 31. August betragen ab 16. August in der

Werksteinbranche: Steinmetzen 54 M., Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 39,60 M., über 6 Monate 46,80 M.

Grabmalbranche: Steinmetzen 51 M., Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 34 M., über 6 Monate 43,60 M.

Marmorbranche: Steinmetzen 54 M., Schleifer, Dreher, Präfer usw. 50,80 M.; Anfänger im Beruf bis 6 Monate 33,15 M., Anfänger im Beruf bis 9 Monate 37,95 M., Anfänger im Beruf bis 12 Monate 43,70 M., Anfänger im Beruf über 12 Monate 50,80 M., Frauen bis 6 Monate im Beruf 24,75 M., bis 9 Monate im Beruf 29,35 M., über 9 Mon. im Beruf 33,95 M., Hof- und Hilfsarbeiter bis 6 Mon. im Beruf 36 M., über 6 Monate im Beruf 44,05 M.

Rheinpfalz. (Pflasterstein- und Schottergruppe.) Laut Lohnvereinbarung vom 8. August in Neustadt a. Saar ist für Entlohnung im Monat August folgendes: Die (Zuli-)Zeitlöhne werden für alle Arbeiter über 19 Jahre um 9 Mark erhöht. Für die Affordarbeiter wird die Zulage unter Zugrundelegung des Gruppendurchschnittsstandes der letzten Lohnperiode prozentual in die Affordsätze eingerechnet. Die Zulage der jugendlichen Arbeiter unter 19 Jahren stellt sich von 4,50 M. bis 7,20 M. pro Stunde.

Regnitz. Der Streik in den Grabsteingeschäften wurde erfolgreich beendet.

## Die Gesteinsbodenschätze Deutschlands.

Durch einige größere Tageszeitungen in Berlin ging kürzlich ein beachtenswerter Artikel unter den Schriftzeichen B. L., dem auch wir ohne weiteres zustimmen können. Zu wünschen ist nur, daß aus den der Natursteinindustrie nachstehenden Kreisen oder aus ihr selbst die Tageszeitungen hin und wieder mit Informationen ähnlicher Art beachtet werden. Die Gesteinsbodenschätze Deutschlands sind derartig reichhaltig, daß mit Recht von einer Unerschöpflichkeit gesprochen werden kann, und die Verwendung dieser Bodenschätze ist so vielseitig, daß es wirklich notwendig erscheint, die Unkenntnis des sogenannten großen Publikums, auf diesem Gebiet zu beheben. Es trägt zweifellos dazu bei, diesem deutschen Rohstoffreichtum mehr praktische Bedeutung zukommen zu lassen.

Der erwähnte Zeitungsartikel behandelt besonders den Zustand der Berliner Fahrgassen und lautet: Pflastersteine und Schotter. Es ist keine Redensart, wenn man sagt, daß der Zustand der Straße Reichum und Armut eines Landes widerspiegelt. Wird diese These auf Deutschland und weiter auf Berlin angewendet, dann sind wir auch an der Hand dieses Beispiels durch den Krieg und seine Folgen verarmt. Durch die überaus starke Frequenz während des Krieges sind unsere Straßen zum Teil in einen sehr bedauerlichen Zustand geraten, zumal während des Krieges überhaupt nicht oder in nur ganz geringem Maße daran gedacht worden ist, der starken Abnutzung durch genügende Ausbesserungen entgegenzuarbeiten. Das, was im Kriege versäumt wurde, ist bis heute zum größten Teil noch nicht nachgeholt worden, weil den einzelnen Körperschaften die Mittel, aber nur im Sinne des Geldbedarfs für die Heranschaffung der notwendigen Bebaustoffe, also die Transportkosten, fehlen. Dem Mangel an Geld auf der einen Seite steht auf der andern Seite ein großer Reichtum an Natursteinen gegenüber, die sich zum Straßenbau eignen. Gerade der Hartstein der deutschen Gebirge verkörpert große Goldwerte.

Der verhältnismäßig geringe Aufwand, der zur Instandhaltung einer Straße benötigt wird, spart auf der einen Seite größere Summen, die durch den geringen Verschleiß der die Straße befahrenden Fahrzeuge erreicht werden. Wenn daran gedacht wird, daß der Kraftwagenverkehr Deutschlands noch in der Entwicklung steht und man als Vorbild Amerika nimmt, wo auf jeden sechsten Einwohner ein Kraftwagen entfällt, so ist daraus zu ersehen, wie notwendig es ist, für gute Straßen zu sorgen. Wir können uns heute nicht mehr den Luxus leisten, Straßen aus Asphalt und Beton anzulegen. Die Zweckmäßigkeit verweist uns auf Straßen aus Naturstein, der durch den Jahrhunderte, Jahrtausende währenden Druck der Gebirge zusammengepreßt ist. Er hat noch immer im Straßenbau große Dauerhaftigkeit gezeigt und deswegen ist notwendig, daß das verarmte Deutschland beim Aufbau seiner Straßen neze zu Bebaustoffen greift, die eine lange Dauer haben, so daß

sich Instandsetzungen nicht zu häufig als Notwendigkeit herausstellen.

Die finanzielle Notlage der Stadtverwaltungen und Gemeinden erfordert auch auf diesem Gebiete leider immer noch die größte Sparfameit. Trotzdem könnte bei weitem mehr geschaffen werden, wenn nicht die Frachtrate für Bebaustoffe wegen ihres an sich geringen Wertes zu sehr bei den Aufträgen ins Gewicht fallen würde. Wenn daran gedacht wird, daß unsere ostpreussischen Provinzen, die keine natürlichen Steinvorkommen haben, aus denen sie den Bedarf für den Bau und die Instandhaltung ihrer Straßen decken könnten, ihre Bebaustoffe aus entfernten Gebietsteilen Deutschlands beziehen müssen (es kommen hauptsächlich Sachsen und Schlesien in Frage), so kann man darin eine volle Erklärung für die Verteuerung des Straßenbaues finden. Die andauernden Frachterhöhungen der Reichseisenbahn haben es bald so weit gebracht, daß in verschiedenen Kreisen der östlichen Provinzen der Etat der dortigen Straßenbauverwaltung für die tatsächlich gebrauchten Bebaustoffe immer mehr zusammenschmilzt. Zwei Möglichkeiten gibt es, die allein eine Besserung der deutschen Straßenverhältnisse herbeiführen könnten. Entweder müssen die Etats für derartige Zwecke auf eine der heutigen Geldentwertung angepaßte Höhe geschrumpft werden, oder die Eisenbahn muß den einzelnen Interessenten durch Herabsetzung der Frachten für die Beförderung der Bebaustoffe entgegenkommen. Der deutsche Pflasterstein und die einheimischen Schotterprodukte sind relativ billige Stoffe, da sie ja nur mit den Kosten der Arbeitslöhne und dem Verschleiß der Betriebsmittel belastet sind.

Nun noch ein Wort zu den am meisten verwerteten Bebaustoffprodukten. Wir haben in Deutschland große Vorkommen von Granit in Schlesien, Sachsen, Bayern und Oberrhein, Basalt und Gneise in Westfalen, in Rheinland, Westfalen, Mitteldeutschland. Auch Vorkommen von Sandstein der sich zu Pflastersteinprodukten eignet, haben wir in Deutschland. Hier kommt hauptsächlich der Ruhrkohlenfeldstein in Frage. Diese Vorkommen sind so ergiebig, daß die Produktion nicht nur den Inlandsbedarf voll deckt, sondern hier auch Ausfuhrwerte geschaffen werden können. Für den heutigen Stand unserer Wirtschaft ist das ein sehr zu beachtender Faktor.

Wenn wieder der Zustand der Straßen eine Besserung zeigen soll, so ist vor allen Dingen notwendig, daß hier, wo jahrelang gesündigt worden ist, Abhilfe geschaffen wird, und daß wir vor allen Dingen auf die Produkte zurückgreifen, die wir in Deutschland in Masse haben, und das ist für den deutschen Straßenbau der deutsche Naturstein.

## Vom Soziallohn.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ nimmt zu der heute viel umstrittenen Frage des Soziallohnes nachfolgende Stellung ein, die in der Arbeitererschaft die nachdrücklichste Beachtung verdient:

Neben der gleitenden Lohnskala beschäftigt der Soziallohn noch immer die weiten Kreise derer, die sich mit Lohnfragen befassen.

Beide Probleme sind in den letzten Jahren, wenn auch nicht gerade entstanden, so doch mehr als früher in den Vordergrund getreten. Die Anhänger der gleitenden Lohnskala wollen einen Weg finden, auf dem sich die Löhne mehr oder weniger mechanisch den Kosten für den Lebensunterhalt anpassen. Der Gedanke, daß der Lohn sich nach dem Familienstand bemessen müsse, ist aus der Einsicht erwachsen, daß den kinderreichen Arbeiter die Not noch mehr drückt als den Ledigen, und daß er deshalb besondere Bezüge haben muß.

Der Soziallohn — unter dieser Bezeichnung hat sich der Familienlohn eingeführt — findet begeisterte Lobredner in den Kreisen bürgerlicher Sozialpolitiker und auch der Unternehmer. Weit mehr ablehnend stehen ihm die Arbeiter gegenüber. Nur im Lager der christlichen Gewerkschaften hat er auch unter den Arbeitern viele Anhänger, wobei aber weniger lohnpolitische als sittliche Gründe geltend gemacht werden. In der christlichen Gewerkschaftspresse wird des öftern darauf verwiesen, daß der christliche Arbeiter die Familie ethisch ganz anders bewerte als der freigewerkschaftlich Organisierte. Dieser sei für Einschränkung der Kinderzahl, während in christlichen Kreisen viele Kinder für Segen gehalten würden. Das sind aber Fragen, die außerhalb jeder Lohnpolitik stehen, die insfolgedessen auch bei der Stellungnahme auszuscheiden haben, wobei wir auch dahingestellt lassen wollen, ob es sittlich ist, Kinder in großer Zahl ohne Rücksicht darauf in die Welt zu setzen, wie sie ernährt werden können und was der Familienvater dazu beitragen kann, ihrem Fortkommen förderlich zu sein. Als besonderer Vorzug des Menschen gilt doch nun einmal, daß er mit Vernunft begabt ist oder es doch wenigstens sein soll.

Auch daß die sozialistisch gesinnten Arbeiter für die Gleichheit der Existenzbedingungen sind, wird den Gewerkschaftern vorgehalten und daraus gefolgert, daß sie für den Familienlohn sein müßten, da gleicher Lohn für Verheiratete und Unverheiratete verschiedene Lebensmöglichkeiten schaffe. Dadurch werde der Grundsatz der Solidarität verletzt, der seinen Ausdruck in dem Worte finde: Einer für alle, alle für einen!

Wenn die Arbeiter von der erwünschten Gleichheit der Lebensmöglichkeiten reden, so haben sie das nie so aufgefaßt, wie hier unterstellt wird. Sie haben vielmehr diese Gleichheit, die der Teilerei ganz außerordentlich ähnlich sieht, stets abgelehnt.

Alle die, die dem Arbeiter so ins Gewissen reden wollen, übersehen ganz, daß der Arbeiter gar keine Ursache hat, zwei Dinge miteinander in Berührung zu bringen, die nicht zusammengehören: den Betrieb und die Familie. Betrieb und Arbeit gehören zusammen und mit der Arbeit die dafür zu gewährende Entlohnung durch den Betriebsinhaber.

Es ist immer so gewesen, daß der Lohn der Leistung entsprechen sollte. In dieser Beziehung konnten die Unternehmer früher gar keinen Maßstab finden, der ihnen genau genug erschien. Der Kampf um die Affordarbeit, ohne die die Unternehmer angeblich nicht auskommen können, ist daraus entstanden. Deshalb ist um so auffälliger, daß die Unternehmer plötzlich ihr soziales Herz entdecken und nun für den Familienlohn schwärmen. Sie geben dabei an, daß auch sie für die Bezahlung der Leistungen seien, daß aber Zuschläge an den Verheirateten der besonderen Ausgaben wegen, die er zu machen habe, notwendig seien. Keinem von ihnen fällt aber dabei ein, zu sagen, daß er den Verheirateten damit ein Geschenk zu machen beabsichtige. Verdient muß auch der Zuschlag werden. Und da der Verheiratete nicht auf besondere Leistungen im Betriebe hinweisen kann, so sind es eben doch die Unverheirateten, die für die Verheirateten mitarbeiten sollen, womit das Leistungsprinzip gründlich durchbrochen wird.

Verdächtig ist stets, wenn die Unternehmer in irgendeiner Weise arbeiterfreundlich werden. Die Arbeiter haben dann alle Ursache, mißtraulich zu sein; denn es liegt dem immer das wohlverstandene Unternehmerinteresse zugrunde. Daß es beim Soziallohn nicht anders ist, das ist im „Korrespondenzblatt“ schon mehrfach ausgesprochen worden, und alles, was seitdem zu dieser Frage geschrieben worden ist, hat diese Auffassung nicht entkräften können. Es bleibt dabei, daß der Soziallohn lediglich der Lohnbrüderlei dienen soll, und daß er ihr auch dienen wird, wenn die Arbeiter ihn nicht abzuwehren verstehen.

In der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist auch in diesem Zusammenhang offen ausgesprochen worden, daß die Unternehmer gezwungen seien, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten, und daß sie demzufolge die Entlohnungsweise bestmöglichst dem tatsächlichen Bedarf jedes einzelnen Lohnempfängers anpassen müßten, dazu zwingt der wirtschaftliche Druck, unter dem wir stehen. Das ist ähnlich dem, was der Kölner Schlichtungsausschuß in einem Spruch vom September vorigen Jahres ausführte. Er sprach sich dort, entgegen dem Willen der Arbeiter, für Zuschläge für Verheiratete aus. In der Begründung wurde gesagt: „Die Arbeitsleistung muß wirtschaftlich gewertet werden, ihr Preis muß der Leistung entsprechen. Der Arbeiter muß demnach nach seiner Leistung bezahlt werden. Die reine Leistungsbezahlung setzt jedoch eine gesunde Wirtschaft voraus, die es gestattet, jeden Arbeiter so zu bezahlen, daß er von seinem Arbeitsverdienst eine größere Familie angemessen unterhalten kann. Unsere zeitliche Wirtschaft ist jedoch nicht gesund, es ist nicht möglich, in ihr den Arbeitslohn so hoch zu bemessen, daß jeder Arbeiter davon eine größere Familie sorgenfrei ernähren kann.“

Alles das klingt, als höre man Anhänger der längst überwundenen Lohnfondstheorie, deren Anhänger glaubten, daß nur ein bestimmter Bruchteil des Kapitals als Lohn verausgabt werden könne, der sich nicht überschreiten lasse. Aber sagen wollen das diese Leute nicht, sie umkleiden nur mit allerlei Redensarten ihre dahingehende Meinung, daß es die Arbeiterschaft sei, die die Not der Zeit ganz allein auf sich nehmen müsse.

In der Zeit der riesenhaft anschwellenden Profite, in der Zeit der Kapitalverdrückungen und Gewinnverschleierungen, in der Zeit der Steuerbrückbergerei sollen zahlreiche Arbeiter sich gefallen lassen, daß ihnen der Lohn zur Verbilligung der Produktion gefügt wird. Denn anders ist es nicht. Die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Kreise wissen ganz genau, wie groß der Abstand zwischen Verdienst und Preisen geworden ist. Sie können die Berechtigung der Lohnforderungen nicht in Abrede stellen, aber sie wollen durch den Soziallohn den Ledigen zwingen, die Lohnzulage für den Verheirateten zu zahlen.

Dabei schaffen sie zugleich einen Maßstab für das Existenzminimum, eben den Lohn der Ledigen, und an diesem Maßstab werden sie die Löhne dann messen, wenn sie die Macht dazu haben. Auch die der Verheirateten. Ist der Grundsatz erst durchgeführt, dann bestimmen sich die Unternehmer wieder auf das Leistungsprinzip, und der Soziallohn wird dann als Schraube ohne Ende wirken wie des öftern die Affordarbeit.

Im Betrieb hat sich der Arbeiter als Gleicher unter Gleichen zu fühlen. Nur dann können die Arbeiter einheitslich auftreten. Lassen sie sich spalten in Gruppen, aufgebaut auf den Familienstand, dann wird der Unternehmer sie leichter beherrschen.

Kein Arbeiter denkt daran, an den besonderen Verhältnissen der Verheirateten gleichgültig vorüberzugehen. Auch im „Korrespondenzblatt“ ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Allgemeinheit ein Interesse an gesundem und tüchtigem Zuwachs hat, und daß sie deshalb den Verheirateten in jeder Beziehung entgegenkommen muß. Hier liegt ein besonderes gesellschaftliches Interesse vor, das gesellschaftliche Verpflichtungen nach sich ziehen muß. Gesagt kann werden, daß auch die Unternehmer das anerkennen; aber sie meinen, solange könne der Verheiratete nicht warten. Nun, wenn die Unternehmer und Arbeiter sich darin einig sind, dann wird es auch nicht schwer fallen, rasch etwas Gutes von Gesetzes wegen zu schaffen. Es wird das jedenfalls leichter sein und rascher gehen, als wenn der Soziallohn gegen den Willen der Arbeiter durchgeführt werden soll.

Aber hier liegt es eben so: Gesetzliche Maßnahmen, die den minderbemittelten Verheirateten zugute kommen, würden eine Sozialsteuer bedingen, die, das liegt in der Natur der Sache, von den Mittelsten zu tragen wäre. Da ist weit billiger, die unverschuldeten Arbeiter durch niedrigere Löhne zu belasten und sich dann mit der Gewährung von Soziallöhnen zu brüsten.

## Der Kampf gegen die Verelendung.

Die große Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist heute nicht in der Lage, von ihrem Lohn- oder Gehaltseinkommen zu leben. Die Mehrheit — abgesehen von dem engeren Kreise der Höchstbezahlten und einem Teile der Nichtverheirateten — hat ein Einkommen, das tief unter dem Existenzminimum steht. An der Valuta gemessen, hat heute ein Arbeiter rund ein Drittel, ein Angestellter rund ein Viertel, ein Beamter ein Viertel bis zur Hälfte des Goldlohnes in der Vorkriegszeit.

Bürgerliche Weisheit behauptet, es werde nicht genug produziert. Der Achtstundentag sei der Vater alles Übels und dergleichen Unsinns mehr. Die Arbeiter brauchen nur mehr zu arbeiten. Dann würden sie mehr Lohn erhalten und es werde mehr produziert. Die Preise würden infolge des vermehrten Angebots fallen, es könne mehr ausgeführt werden, wodurch die Valuta verbessert werde.

Wir wissen seit Marx, daß die Mehrarbeit den Arbeitern keinen Gewinn bringt, sondern daß sie zur Erhöhung des Mehrwertanteils des Kapitals dient. Es ist bekannt, daß das Kapital sich heute bis zu 50 Prozent und mehr verzinst, wenn das auch nicht immer in der prozentualen Dividendenverteilung zum Vorschein gelangt, sondern durch Kapitalverwässerung und ähnliche Manöver verdeckt wird. Der Nutznießer auch der achtstündigen Arbeitszeit ist nur das Kapital, nicht der Arbeitende.

Wenn z. B. ein Arbeiter heute 1200 M. in der Woche verdient, bei einem Kurs der Mark von etwa einem Pfennig, und er verdiente früher 36 M. die Woche, so verdient er heute genau ein Drittel. Bei einer Arbeitszeitverlängerung von zwei Stunden würde eine Lohnerhöhung um ein Viertel eintreten, so daß er nunmehr 1500 M. wöchentlich verdienen würde, also noch nicht die Hälfte dessen, was er früher verdiente.

Die Arbeitszeitverlängerung bedeutet also keinen Vorteil für den Arbeitenden. Sie nimmt ihm nur die Zeit und Gelegenheit, außerhalb seines Berufes — zum Teil wenigstens — jobiel zu erwerben, daß das Existenzminimum herauskommt — sei es durch Gartenbau und Viehzucht, durch sogenannte Schwarzarbeit oder

**Handel und dergleichen mehr — das Existenzminimum, das ihm für seine normale Arbeitsleistung im Betriebe oder Berufe nicht gewährleistet wird.**

Diese Tatsache muß einmal offen ausgesprochen werden. In der Hauptsache kommen natürlich Gartenbau und Kleintierzucht in Frage. Durch Mehrarbeit außerhalb des Betriebes oder Berufes erwirbt sich heute ein sehr großer Teil der Arbeitenden, wenn nicht der größte, den Lohnanteil, der ihm an der Arbeitsstelle zuzurechnen ist. Dadurch entlastet er das Kapital, steigert dessen Mehrwert, beschleunigt die Akkumulation (Aufspeicherung des Kapitals) und trägt dadurch dazu bei, die durch den Krieg vernichteten Werte allmählich zu ersetzen.

Die Mehrarbeit „im vaterländischen Interesse“, oder „für den Wiederaufbau“, wie man sie von verschiedenen Seiten von den Arbeitenden verlangt, wird heute tatsächlich schon geleistet. Gerade der Kleingartenbau — weniger die Kleintierzucht — wirkt außerdem auch schon heute preisregulierend auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wodurch dem武者 gewisse Grenzen gezogen werden.

Es ist bekannt, daß im Inlande nicht genügend Lebensmittel erzeugt werden. Diese Knappheit treibt die Preise in die Höhe und zehrt den realen Wert des Geldeinkommens noch weiter herab. Die Einfuhr aus dem Auslande, um den Bedarf zu decken und der preissteigernden Knappheit entgegenzuwirken, erfordert zur Bezahlung ausländische Devisen, deren Erziehung die Valuta verschlechtert.

Die Vermehrung der Lebensmittelmengen im Inlande durch Mehrarbeit ist somit eine volkswirtschaftliche Tat, ein Opfer, das die Arbeitenden der Gesamtheit bringen. Es ist aber ein Unfug, zu verlangen, daß sie diese freiwillige Mehrarbeit dem Kapital leisten sollen, woran weder die Arbeitenden selbst, noch die Gesamtheit profitieren würden, daß sie ohne Vorteile für sich ihre reguläre Arbeitszeit verlängern lassen sollen, ohne daß ihnen ein anständiges Existenzminimum garantiert wird.

Gewiß hat diese Mehrarbeit auch ihre großen Nachteile. Sie verlängert in Einzelfällen die Arbeitszeit der Betroffenen bis auf 12 bis 14 Stunden, bedeutet im Sinne volkswirtschaftlicher Organisation eine Kraftverzettlung, die sich aber nicht vermeiden läßt. Auch verhindert sie die so doppelt beschränkten an fast jeder Tätigkeit im öffentlichen Leben und beschränkt ihnen die Möglichkeit geistiger Betätigung und Fortbildung. Nicht zuletzt verspüren die Arbeiterorganisationen diesen Einfluß der durch die Verhältnisse erzwungenen Mehrarbeit.

Diese Entwicklung ist durchaus nicht zu begrüßen. Sie ist lediglich ein Kampf gegen die weitere Verelendung und als solcher nicht zu vermeiden. Man soll deshalb auch die Kleingartenbau-Bewegung nicht mit idealistischen Phrasen zu begründen versuchen. Sie ist lediglich ein Existenzkampf und entspringt deshalb notwendigen materiellen Motiven. Sie erfährt immer weitere Kreise, je weiter die Geldentwertung fortschreitet. Sie ist unter den augenblicklichen Verhältnissen notwendig und sollte behördlich stets die kräftigste Unterstützung erfahren. Es darf aber nie vergessen werden, daß die Arbeitenden auf diesem Umwege das einzubringen versuchen müssen, was ihnen für ihre reelle produktive Berufsarbeit vorenthalten wird.

## Die Unfälle im Jahre 1920 und der Bericht des Reichsversicherungsamtes für 1921.

Nach den amtlichen Rechnungsergebnissen für das Jahr 1920, der 36. Rechnungsfrist der Unfallversicherung, waren von den Versicherungssträgern: 117 Berufsgenossenschaften, 185 Staatliche Ausführungsbehörden, 343 Ausführungsbehörden von Gemeindeverbänden und Gemeinden, insgesamt also 528 Ausführungsbehörden. Von den Versicherungssträgern unterlagen a) der Gewerbe-Unfallversicherung (§§ 537 bis 914 und §§ 1046 bis 1225 der Reichsversicherungsordnung): 68 Berufsgenossenschaften und 14 Zweiganstalten mit 804 711 Betrieben und 8 511 031 Vollarbeitern, außerdem 133 Staatliche Ausführungsbehörden mit 995 240 Vollarbeitern und 343 Ausführungsbehörden von Gemeindeverbänden sowie Gemeinden mit 81 992 Vollarbeitern; b) der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (§§ 915 bis 1045 der Reichsversicherungsordnung): mit 5 079 777 Betrieben und durchschnittlich 16 015 000 Versicherten sowie 52 Staatliche Ausführungsbehörden (Land- und forstwirtschaftliche Verwaltungen) mit durchschnittlich 169 146 Versicherten oder 63 496 Vollarbeitern. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben über „Vollarbeiter“ keine Angaben geliefert, wohl, weil ihnen dies zur Zeit nicht möglich ist. Kritisch betrachtet, gibt das amtliche Zahlenmaterial zu dem Begriff „Vollarbeiter“ gar keine

Aufklärung. Nach der älteren Auffassung wurde die Tagesollarbeit (Vollarbeiter) mit 10 Stunden und die Jahresarbeit mit 300 Arbeitsstunden berechnet. Um den Anforderungen der veränderten Verhältnisse Rechnung zu tragen, müßten rechnerisch jetzt mindestens 8 Stunden zugrunde gelegt werden.

Zusammengefaßt waren im Jahre 1920: 26 919 001 Personen gegen Unfall versichert. Bei der gesamten Unfallversicherung betragen die Zahlen der

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Davon tödlich Verletzte
1919	575 474	103 824	10 189
1920	591 922	101 177	9 388
1921	662 853	101 971	?

Die Zahlen für 1921 sind das Resultat einer vorläufigen Ermittlung. Von diesen Unfällen entfallen auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften, wozu auch die Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit den Zweiganstalten gehören:

Jahr	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Davon tödlich Verletzte
1919	409 695 (55,00)	59 625 (8,02)	6647 (0,89)
1920	435 004 (51,11)	54 001 (6,34)	6065 (0,71)

Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen das Verhältnis zu je 1000 Vollarbeitern: Das gesamte Baugesamt ist hierbei 1920 mit 46 628 Unfällen beteiligt, wovon 7149 mit 714 Tödtlichverletzten entgegenschlagen wurden mußten. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an den gesamten Unfällen für 1920 haben auch die Betriebe der Ausführungsbehörden, wie zum Beispiel:

Betrieb	Unfälle insgesamt	Entschädigte Unfälle	Davon tödlich Verletzte
Marineverwaltung	743 (48,02)	173 (11,18)	34 (2,19)
Heeresverwaltung	2463 (32,22)	869 (11,01)	126 (1,60)
Post- und Telegraphenverwaltung	3896 (30,13)	350 (2,71)	29 (0,23)
Eisenbahnverwaltung	44102 (60,36)	4150 (5,69)	729 (1,00)
Vaggon-, Wagnerschiff-, fahrts-, Fährerei-, Brau- u. Fährbetriebe	297 (128,52)	22 (9,52)	1 (0,43)
Seeschiffahrts- u. j. Betriebe	39 (45,14)	2 (2,31)	1 (1,16)
Land- und forstwirtschaftliche Verwaltung	5163 (81,31)	652 (10,27)	74 (1,17)

Allgemein zeigt die Unfallversicherung einen Rückgang der Unfälle. Das ist zweifellos auf die Wirkung des achtstündigen Arbeitstages zurückzuführen und auf die zunehmende Erziehung der Arbeiter zum Selbstschutz. Aber auch die gewerbliche Gesundheitschutztechnik hat in den letzten Jahren wieder einige Erfolge aufzuweisen. Das läßt sich auch von der gewerblichen Arbeiterschutzgesetzgebung sagen. Zu alledem kommen die Fortschritte im Heilverfahren. Soweit bei diesem Rückgang der Unfälle das Baugesamt in Frage kommt, ist in Betracht zu ziehen, daß bei dem Wohnungsbau hohe Stagengebäude weniger ausgeführt sind und dadurch die Absturzgefahren verringert und in ihren Folgen gemildert werden. Aber immerhin ist die Zahl der gewerblichen Unfälle und der Tödtlichverletzten noch ungeheuerlich und stellt somit immer noch eine schwere Schädigung unserer Volkswirtschaft dar. Es sei nur auf den unermesslichen großen Menschenverbrauch im Bergbau, in den Steinbruchbetrieben, in der Eisen-, Stahl- und der Metallbearbeitungsindustrie, in den Mülereibetrieben sowie im Fuhrwerks- und Transportwesen hingewiesen, welche Zahlen sind da aufzuführen? Zu alledem kommen die Berufskrankheiten der Arbeiter, die zu einem nicht geringen Teil auf Kosten der Arbeiter die Krankenkassen belasten. — Wie leicht zu verstehen, wird bei den Ausgaben der Berufsgenossenschaften die Summe der Entschädigungsbeträge den ersten Platz einnehmen. Ueber die Einnahmen bei der Unfallversicherung machen nur die Berufsgenossenschaften Angaben, die Ausführungsbehörden nicht; für diese sind die Betriebsentnahmen die Grundlage der Ausgaben. Für 1920 betrug der Gesamtetat der Berufsgenossenschaften 641 070 141 M. als Einnahme, wobei 492 649 099 M. als Ausgabe in Rechnung gestellt werden mußten.

Die Gesamtsumme der Ausgaben betrug bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften . . . . . 369 056 453,37 M. landwirtschaftlichen . . . . . 69 345 445,72 M. Ausführungsbehörden . . . . . 30 116 444,68 M. Insgesamt 468 518 343,77 M.

Von diesen Ausgaben entfallen für Entschädigungsbeträge (Renten usw.) auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften . . . . . 204 980 456,36 M. landwirtschaftlichen . . . . . 45 360 717,50 M. Ausführungsbehörden . . . . . 28 814 196,50 M. Insgesamt 279 164 370,36 M.

Neben den Entschädigungsbeträgen sind bei der Unfallversicherung auch die Kosten für das Heilverfahren und die sonstigen mit den Unfällen zusammenhängenden Ausgaben, wie Sterbegeld usw., nicht von untergeordneter Bedeutung. Insgesamt sind für das Heilverfahren 32 625 706,39 M. ausgegeben. Davon entfallen allein auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften 24 215 391,68 M. Für Sterbegeld wurden für 9593 Personen 1 610 378,17 M. verausgabt, davon erforderten die gewerblichen Berufsgenossenschaften für 6157 Personen 1 252 820,72 M. Es wird bei der gesamten Unfallversicherung offensichtlich zutage treten, daß die Arbeiter in den gewerblichen Betrieben, verglichen mit den der landwirtschaftlichen, die meisten Opfer an Menschenleben und Gesundheit bringen müssen und die gewerblichen Berufsgenossenschaften dementsprechend auch beträchtlich höhere finanzielle Beträge zu leisten haben. — Für wobei die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 80 027 806,45 M. und die landwirtschaftlichen mit 17 474 207,43 M. beteiligt sind. Die und die landwirtschaftlichen mit 117 474 207,43 M. beteiligt sind. Die Verwaltungskosten dieser Körperschaften stehen im engen Zusammenhang mit der Häufigkeit der Unfälle und der Unfallversicherung. Das Gesamtausgabenkonto enthält auch die für die Ueberwachung der Betriebe und für die Unfallberühung geleisteten Beträge.

Die Wahrnehmung der Unfallberühung wie überhaupt des gewerblichen Arbeiterschutzes ist von hervorragender Bedeutung für die Kultur einer Volksgemeinschaft. Für die gesamte Unfallberühung sind 1920 11 215 569,09 M. ausgegeben. Davon für „Beratung und Erlaß von Unfallberühungsvorschriften“ 749 027,21 M. für „Laufende Ueberwachung der Betriebe“ 9 413 964,52 M., für „Rettung Verunglückter und sonstige Aufwendungen zur Abwehr von Unglücksfällen“ 1 052 577,36 M. Man wird gerade nicht behaupten können, daß diese der Bedeutung der Sache entsprechen. In der Ausgabe für die Ueberwachung der Betriebe sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften mit 8 717 853,82 M. und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit 696 110,70 M. beteiligt. Die Ausführungsbehörden geben hierüber überhaupt keine Zahlen, noch sagen sie sonst etwas über die Ueberwachung ihrer Betriebe. Die berufsgenossenschaftliche Ueberwachungstätigkeit wurde durch 433 technische Aufsichtsbeamte ausgeführt. 368 dieser Personen entfielen auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften und 65 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Dabei ist sehr bemerkenswert, daß 278 dieser Beamten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften und 10 bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften auch noch als Rechnungsbeamte verwendet werden. — Der Bericht des Reichsversicherungsamtes für 1921 gibt zu dieser Ueberwachung einen recht beachtenswerten Beitrag; es heißt darin: „Die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei denen technische Aufsichtsbeamte angestellt sind, haben nach § 883 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung Jahresberichte erstattet. Sie weisen 63 215 Prüfungsstage nach; es entfallen 46 329 Tage auf Betriebsbesichtigungen, 8407 auf Lohnbuchprüfungen und 8479 auf die Beaufsichtigung der Rentenempfänger sowie auf andere Dienstgeschäfte. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind insgesamt in den als Ueberwachungsbedürftig nachgewiesenen Betrieben — das sind 55 048 in das Betriebsverzeichnis aufgenommenen Betrieben und 9534 angemeldete Eigenbetriebe, zusammen 64 582 Betriebe — 158 248 Besichtigungen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsgenossenschaften sind von 567 174 vorhandenen Betrieben 110 069 besichtigt worden.“ Im weiteren wird dann unter anderem gesagt: „Ein erfolgsversprechender weiterer Ausbau der Unfallberühung bedingt eine noch stärkere verständnisvolle Beteiligung der Arbeiter. Das Reichsversicherungsamt eröffnet sie durch sachgemäße Beteiligung der neu eingerichteten Unfallvertrauensmänner und deren Zusammenarbeit mit der durch das Betriebsratsgesetz geschaffenen Vertretung der Arbeiter . . . Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung der Arbeiterorganisationen wurde bei dem Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften angeregt. Als wichtigster Erfolg ist die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft dieses Verbandes, der Gewerkschaften und des Vereins deutscher Maschinenbauingenieure für Unfallberühung und insbesondere zur Verbesserung des Maschinenschutzes zu begrüßen.“

Das Reichsversicherungsamt klagt bei all den schönen Plänen oder Projekten, die man dort ausarbeitet, ständig über die „Verständnislosigkeit“ der Arbeiter. Über die der Verständnislosigkeit des Amtes zu den Schlußfolgerungen der Arbeiter, darüber sagt man dort kein Wort. Für das Reichsversicherungsamt und für die Berufsgenossenschaften (als Unternehmerorganisationen) sind die Arbeiter nur ein objektiver Begriff. Und deshalb muß die große Masse der Versicherten die Unfallvertrauensmänner und die Arbeitsgemeinschaften ablehnen.

Wie der Bericht für 1921 mitteilt, wurden folgende Unfallber-

## Gewinnung und Abjaß von Kalk im Deutschen Reich 1919—1921.

In der Nr. 31 und 32 brachten wir an dieser Stelle Abhandlungen über Kalkstein und sein Vorkommen und haben dabei auf die Kalkgewinnung hingewiesen. In diesem Zusammenhang kann ein Artikel gemeldet werden, der mit obiger Ueberschrift in Nr. 8 der Betriebsratszeitschrift vom August erschienen ist, den wir deshalb zum Abdruck bringen. Von der Wiedergabe zweier Kartenschnitte nehmen wir Abstand, empfehlen jedoch Interessenten, sich die betreffende Nr. 8 von der Bahnhofsverwaltung zur Einsicht dieser Schnitte ausshändigen zu lassen:

„Seit Beendigung des Weltkrieges hat sich die Gewinnung von Kalk und Kalkprodukten, die infolge der Kriegsverhältnisse während der Dauer des Krieges stark eingeschränkt werden mußte, wieder in zunehmendem Maße gehoben. Nach Mitteilung des „Deutschen Kalk-Bundes“ in Berlin wurden folgende Mengen an den nachbezeichneten Kalkarten von den angeschlossenen Werken hergestellt:

	1920	1921
gebrannter Kalk	3 052 968 Tonnen	4 048 034 Tonnen
Sinterdolomit	144 264 „	142 681 „
Mergel	623 750 „	693 780 „
gemahlener Rohkalk	134 434 „	115 518 „

Gegenüber der Produktion der Vorkriegszeit, wo durchschnittlich im Jahre 6,5 Millionen Tonnen gebrannten Kalks hergestellt wurden, bleibt die Kalkgewinnung der letzten Jahre allerdings noch beträchtlich zurück.

Das Hauptproduktionsgebiet von Kalk ist Nordwestdeutschland, insbesondere Westfalen und das Rheinland, aus welchem zusammen über 46 vom Hundert der gesamten Produktion Deutschlands an gebranntem Kalk stammt. Als wichtigste Gebiete der Kalkgewinnung kommen dort im einzelnen vor allem in Betracht: Der nördliche Teil des Ruhrburger Waldes bis südlich Bielefeld, die Gegend zwischen Lippstadt, Hameln und Warndorf, die Umgebung von Inna, Herfeln, u. Hagen, ferner von Elberfeld u. Wermes, Aachen, Paderborn, Finnentrop sowie Waldeck. Nachdem wird noch in größeren Mengen Kalk gewonnen im südlichen Teile der Provinz Hannover sowie in verschiedenen Gebieten Mitteldeutschlands, so vor allem in der Umgebung von Wolfenbüttel, Halberstadt, Staßfurt und Halle a. S., ferner bei Diez und Limburg an der Lahn, bei Gera in Thüringen und zwischen Oßach und Döbeln in Sachsen sowie bei Müdersdorf bei Berlin. In Süd- und Südwestdeutschland finden sich verhältnismäßig wenig Kalkproduktionsstätten. In Bayern liegen die hauptsächlichsten in der Gegend von Würzburg, Sulzbach und Regensburg, in Württemberg am Rande der Rauhen Alb, in Baden zwischen Bruchsal und Moosbach. Im ganzen ist Süd- und Südwestdeutschland an der deutschen Kalkproduktion mit rund 9 vom Hundert beteiligt. Etwas bedeutender ist die Kalkgewinnung in Schlesien, wo als Hauptproduktionsgebiete einestheils das Glazer Bergland, andernteils die Gegend von Lpepin in Betracht kommt. Im übrigen ist sonst in Ostdeutschland die Kalkgewinnung ebenfalls unbedeutend.

Als Abnehmer von Kalk kommen entsprechend seiner außerordentlich vielseitigen Verwendbarkeit die verschiedensten Industriezweige sowie zu einem beträchtlichen Teile auch die Landwirtschaft in Betracht.

Ein Hauptabnehmer von gebranntem Kalk ist das Baugewerbe. Hier wird Kalk in großen Mengen vornehmlich zur Bereitung von Zement und Mörtel sowie zur Herstellung von Anstrichen und künstlichen Steinen verwendet. Bei dem vollständigen Daniederliegen des Baugewerbes während der Kriegsjahre und der auch heute noch geringen Bautätigkeit war der Kalkabjaß zu Bauzwecken in den letzten Jahren allerdings noch nicht besonders bedeutungsvoll, ist indessen ständig in der Zunahme begriffen. Im Jahre 1921 hat er sich bereits auf 48,0 vom Hundert des Gesamtabjaßes erhöht. Im einzelnen wurde von dem Gesamtterzeugung an gebranntem Kalk an das Baugewerbe geliefert:

1919:	638 896 Tonnen oder 32,3 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	1 222 006* „ „ 40,6 „ „ „
1921:	1 936 875** „ „ 48,0 „ „ „

Nächst dem Baugewerbe ist der bedeutungsvollste Abnehmer von Kalk zu industriellen Zwecken die Eisen- und Stahlindustrie. Diese verwendet Kalk hauptsächlich als Zuschlagstoff und Flusmittel beim Verhütten des Eisens im Hochofen und im Thomas- und Siemens-Martin-Verfahren sowie als Bindemittel beim Verfestigen der Erze. Für diese industriellen Zwecke wurden an gebranntem Kalk im ganzen abgesetzt:

1919:	578 120 Tonnen oder 29,3 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	676 589 „ „ 22,5 „ „ „
1921:	878 815 „ „ 21,8 „ „ „

Ein weiteres vielseitiges Verwendungsbereich für Kalk ist ferner die chemische Industrie. Diese gebraucht ihn hauptsächlich zur Gewinnung von Kohlenäure, zur Leuchtgasbereitung, zur Ammoniak- und Ammoniakalzgewinnung, Herstellung von Soda und Pottasche, Chloralkal, Verfestigung von Fetten und Ölen, Verwitterung von Farbstoffen, Erzeugung von Calciumcarbid u. a. m. Insgesamt wurden an diese Industrie an gebranntem Kalk geliefert:

1919:	177 006 Tonnen oder 9,0 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	257 267 „ „ 8,5 „ „ „
1921:	258 555 „ „ 6,4 „ „ „

An Zuckerraffinerien, in denen ebenfalls Kalk teils als Reinigungsmittel, teils als Bindemittel zur Verwendung gelangt, sind im ganzen folgende Mengen zum Abjaß gelangt:

1919:	6 066 Tonnen oder 0,3 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	8 220 „ „ 0,3 „ „ „
1921:	8 545 „ „ 0,2 „ „ „

Außer diesen Abjaßgebieten zu industriellen Zwecken sind noch verschiedene andere Industriezweige Abnehmer von Kalk zur Verwendung bei der Erzeugung ihrer Fabrikate. Zu nennen sind von diesen im besonderen die Keramik, wo Kalk zu Glasuren angewendet wird, ferner die Glasfabrikation, die Spiritusindustrie und die Papierindustrie. Auch zur Reinherstellung organischer Säuren wird Kalk in ziemlichen Mengen verwendet, insbesondere zur Erzeugung von Essigsäure, Oxalsäure, Zitronensäure, Weinsäure usw.

Für die Landwirtschaft, die ebenfalls wie die Industrie Kalk in großen Mengen abnimmt und verbraucht, bildet derselbe ein geschätztes, viel beehrtes Düngemittel, das in zunehmendem Maße

\* Darunter 86 401 Tonnen an Kalksandsteinfabriken und 63 314 Tonnen an Schwemmsteinfabriken.

\*\* Darunter 138 727 Tonnen an Kalksandsteinfabriken und 107 410 Tonnen an Schwemmsteinfabriken.

in neuester Zeit zur Verbesserung der physikalischen Eigenschaften des Bodens und zur Steigerung der Ertragsfähigkeit desselben Verwendung findet. Als kalkhaltige Düngemittel werden teils kohlen-saurer oder gebrannter Kalk, teils Kalkstickstoff, teils mit Kalk vermengte Abfälle gewerblicher Produkte verwendet.

Der Abjaß an gebranntem Kalk zur Bodendüngung betrug:

1919:	333 134 Tonnen oder 16,9 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	562 101 „ „ 18,7 „ „ „
1921:	669 219 „ „ 16,6 „ „ „

Zur Herstellung von Kalkstickstoff, der in eigener industrieller Verarbeitung als hochwertiges Kunstdüngemittel erzeugt wird, wurden an die betreffenden Fabriken geliefert:

1919:	177 487 Tonnen oder 9,0 vom Hundert des Gesamtabjaßes
1920:	252 562 „ „ 8,4 „ „ „
1921:	235 298 „ „ 5,8 „ „ „

Zur Zeit arbeiten in Deutschland 6 große Kalkstickstoffwerke, die jährlich rund 590 000 Tonnen Kalkstickstoff erzeugen können, wenn sie voll, d. i. mit 426 000 Tonnen Stückkalk beliefert werden könnten, was bei der derzeitigen Knappheit an Kohlen und Koks allerdings noch lange nicht möglich sein wird.

Unter den aus industriellen Abfällen hergestellten Kalkdüngemitteln ist das weitest bedeutungsvollste Produkt die sogenannte Thomasschlacke, die im Bessemer-Verfahren gewonnen und in feingemahlenerm Zustande dem Boden zugeführt wird. Im Jahre 1914 umfaßte die Erzeugung dieses wichtigen Kunstdüngemittels 1,8 Millionen Tonnen, mit welchen 884 000 Tonnen Kalk in den Boden gelangten. An anderen kalkhaltigen Düngemitteln sind noch zu nennen: der Kalkschlamm der Zuckerraffinerien, der wertvolle Phosphorbestandteile enthält, der Abfallkalk bei der Gerberei, der Kalkschlamm der Ammoniakwässer usw. Die Kalkmengen, die mit diesen Abfallprodukten dem Boden zugeführt werden, sind ebenfalls nicht unbedeutend.

## Arme-Leute-Glück.

Sie hatten sich ein farges Glück gegeben, ein Arme-Leute-Glück, an Hoffnung arm. Und schritten dennoch aufrecht durch das Leben, und trugen treu der Stunde Glanz und Harm.

Die schwere Arbeit füllte ihre Tage. Nur wenn der Kinder Lachen sie umklang, vergaßen sie das Einerlei der Plage, die ihres Daseins Stunden mild umspanng.

Die Kinder wuchsen, wurden groß und gingen fort aus dem Elternhaus. Ihr Lachen schwieg. Und dennoch mandal auf Erinnerungsschwingen verwehtes Glück ins stille Stübchen flog . . .

Dann träumten beide, alt und grau und müde, — und suchend-tastend fand sich Hand in Hand . . . Des Lebensabends stiller Feuerfriede vor ihnen lächelnd in der Dämm'ung stand . . .

Umsonst war's nicht, was sie gewirkt im Leben an Kampf und Kraft, an Glanz, an Glück und Harm! Sie hatten sich ein farges Glück gegeben, ein Arme-Leute-Glück, an Hoffnung arm . . .

Hilfungsbeschlüssen genehmigt: Die Unfallversicherungsbeschlüsse der Steinbrüche-Vereinsgenossenschaft und der Berufsvereinsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, der Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufsvereinsgenossenschaft, der Papiermacher-Berufsvereinsgenossenschaft, der Brauerei- und Mälzerei-Berufsvereinsgenossenschaft, der Hamburgischen, Magdeburgischen, Thüringischen und Hessen-Rassauischen Bauergewerks-Berufsvereinsgenossenschaft sowie die Unfallversicherungsbeschlüsse der Genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeug- und Reittierhaltungen (für Fahrzeug- und für Kraftfahrzeughaltungen). Außerdem sind eine Anzahl von Nachträgen genehmigt worden. Die Unfallversicherungskommission des Verbandes der Eisen- und Stahl-Berufsvereinsgenossenschaften hat für die mit verdichteten Gasen arbeitenden Schweiß- und Schneideanlagen, für elektrisch betriebene Lauftrane und für Dampfboiler-Einrichtungen für Unfallversicherungsbeschlüsse aufgestellt. Da das Reichsversicherungsamt es für dringend erforderlich hält, daß die Landeszentralbehörden die bekanntlich die neu aufgestellten Entwürfe von Unfallversicherungsbeschlüssen zu prüfen haben (§ 865 der Reichsversicherungsordnung), schon vorher Gelegenheit zu einer begutachtlichen Aeußerung erhalten, wurde den Berufsvereinsgenossenschaften empfohlen (1), den Landeszentralbehörden schon von ihrer Absicht, neue Unfallversicherungsbeschlüsse aufzustellen, durch Vermittlung des Reichsversicherungsamts Kenntnis zu geben, damit auch die staatlichen Aufsichtsbeamten sich eingehend mit der Sache befassen können. Durch Verhandlung mit dem Deutschen Ausschuss für technischen Schulwesen wurde erreicht, daß in den Lehrplan der Werkstätten die Unfallversicherung als besonderes Lehrfach aufgenommen wurde.

Die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Berufsvereinsgenossenschaften bereits innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall schreitet fort. Die Erfahrungen bei der Durchführung der Arbeitstherapie haben auch in diesem Jahre bewiesen, daß der hierdurch zu erzielende Teilerfolg nicht hoch genug bewertet werden kann.

Die Leistungen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungen beliefen sich im Jahre 1920 auf 875 139 785 M. Nach den vierteljährlichen Nachweisungen liefen am 31. Dezember 1921 bei 29 Versicherungsanstalten 960 560 Invalidenrenten, 65 339 Krankenrenten, 255 600 Altersrenten, 109 343 Witwen-(Witwer-)Renten, 4148 Witwenkrankenrenten, 457 616 Waisenrenten und 114 Zusatzrenten, im ganzen also 1 843 720 Renten, bei den 9 Sonderanstalten (Knappschaftsvereine oder -Kassen) insgesamt 159 366 Renten, nämlich 67 933 Invalidenrenten, 1994 Krankenrenten, 13 779 Altersrenten, 15 043 Witwen-(Witwer-)Renten, 310 Witwenkrankenrenten, 60 302 Waisenrenten und 5 Zusatzrenten. Die Statistik der Heilbehandlung ergibt, daß im Jahre 1920 insgesamt 221 512 Versicherte (1919: 163 846) mit einem Gesamtaufwande von 145 439 922 M. (1919: 47 903 913 M.) behandelt worden sind. Davon kommen auf die ständige Heilbehandlung 40 171 Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose mit 81 585 018 M., 284 Lupuskranken mit 254 795 M., 387 an Knochen- oder Gelenk-Tuberkulose Leidende mit 693 243 M., 30 676 Geschlechtskranke mit 5 557 165 M. und 33 765 andere Kranke mit 39 435 504 M. Kostenaufwand. Unter letzteren befanden sich 84 Krebskranke. Nichtständig sind behandelt worden: 1704 Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose und 114 525 andere Kranke, unter letzteren 110 240 wegen Zahnkrankheiten. Von dem Gesamtaufwande sind 29 466 730 M. durch andere Versicherungsträger, Gemeinden usw. erstattet worden.

Seit dem Jahre 1897, also in einem Zeitraum von 24 Jahren, Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose, mit einem Gesamtaufwande von rund 583 Millionen Mark in Heilbehandlung genommen. Nach Abschluß der Behandlung im Jahre 1920 wurde ein Heilerfolg im Sinne des § 1255 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung erzielt bei sicher nachgewiesener Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose und Lupus in 88 Prozent, bei Verdacht der Lungen-Tuberkulose von 94 Prozent, bei Knochen- und Gelenk-Tuberkulose in 66 Prozent und bei anderen Krankheiten in 92 Prozent der behandelten Fälle. — Unter den sonstigen Aufwendungen der Versicherungsanstalten zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung befinden sich für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs 69 206 M. und der Geschlechtskrankheiten 3 791 541 M. Die Landesversicherungsanstalten setzen den Kampf gegen die leider noch mit unveränderter Heftigkeit wütenden Geschlechtskrankheiten planmäßig fort. Die Entwicklung der Beratungsstellen hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Ihre Zahl ist von 184 im Jahre 1920 bis Ende des Jahres 1921 auf 170 gestiegen. Die Zahl der bei den Stellen gemeldeten Personen ist von 100 361 auf 107 985, die Zahl der Beratungen von 101 728 auf 184 551 gestiegen. Als geschlechtskrank ermittelt wurden 86 456 Personen. Die Zahl der Selbstmordtaten ist gegen das Vorjahr von 38 050 auf 40 526, die Meldungen der Ärzte von 18 468 auf 20 992, die der Krankenkassen von 16 912 auf 18 699 angewachsen. — Das Reichswehrministerium hat über die Kontrolle geschlechtskranker Seereschiffahrer durch Erlass vom 8. August 1921 neue Vorschriften über die Einrichtung von Meldedaten für Geschlechtskranke des Reichsheeres herausgegeben. Wie die Tuberkulose-erkrankung, so bilden die Geschlechtskrankheiten für die während der Kriegsjahre herangewachsene unterernährte Jugend eine besonders große Gefahr, wenn sie in das Alter der Pubertät und der Erwerbstätigkeit gelangt. Hier nach Möglichkeit durch Aufklärung vorbeugend mitzuwirken, wird als eine pflichtgemäße Aufgabe der Gewerkschaftskollegen angesehen werden müssen.

G. Seintz.

### Aus den Zahlstellen.

**Dörfenfurt.** In dem Artikel in Nr. 31 unter Dörfenfurt muß folgendes richtiggestellt werden:

1. Bis heute hat die Aufsichtung keinem Kollegen den Arm abgeklagen.
  2. Nachforschungen haben ergeben, daß kein Kollege eine Nachzahlung des garantierten Stundenlohnes verlangt hat, weil dieser Lohn erreicht wurde.
- Die Schriftleitung muß dazu leider in aller Deutlichkeit sagen, daß diese Berichtigung von demselben kommt, der das Entgegengesetzte in der ersten Notiz behauptet hat. Solche Berichterstattung ist zum mindesten leichtfertig und nur erklärlich, wenn ein Dritter dem betreffenden Berichterstatter falsche Angaben gemacht hat. Darum künftig: Bei allen Polemiken gegen Personen und Zustände nur Behauptungen bringen, die bewiesen werden können, Vermutungen kennzeichnen man auch als solche, oder mache der Schriftleitung mindestens davon Mitteilung, damit es in die entsprechende Form kommt.

**Berlin.** Die zum 3. August ins Gewerkschaftshaus einberufene kombinierte Versammlung sollte sich eigentlich mit der Erstattung des Kassensberichtes und mit dem Bericht vom Verbandstag beschäftigen. Durch Vorkommnisse innerhalb des Betriebes Köstner & Gottschalk und die sich dabei bemerkbar machenden Angriffe auf die Ortsverwaltung wurde ohne Widerspruch einem Antrage zugestimmt, nach Erstattung des Kassensberichtes, als nächsten Punkt diese Vorkommnisse zu besprechen. Nach der üblichen Ehrengabe der verstorbenen Kollegen Hans Graf und Albert Kleinert wird die Abrechnung des 2. Quartals debattelos erledigt. Kollege Wenzel erwähnt auch dabei, daß das Konto Bartel nun ausgeglichen ist. — Hierauf nimmt Kollege Wenzel das Wort und legt in kurzen Umrissen die Vorgänge im Betriebe der Firma Köstner & Gottschalk dar. Er erhebt Anklage, daß der Ortsverwaltung, besonders vom Kollegen Holzfäller, dauernd Anknüpfel zwischen die Beine geworfen werden, so daß es unmöglich sei, unter diesen Umständen im Interesse der Kollegen weiter zu arbeiten, und wenn keine Aenderung geschaffen wird, stelle er seinen Posten den Kollegen zur Verfügung. Die Versammlung mußte sich heute klipp und klar entscheiden, ob sie die Politik Holzfällers unterstützen, oder hinter ihren Angestellten sehe. Ein Antrag Wenzels, als erste Diskussionsredner die Kollegen aus dem Betriebe selbst sprechen zu lassen, wird angenommen, ein Antrag auf beschränkte Redezeit aber abgelehnt. Die Redner behandeln in ihren Ausführungen das Zustandekommen des letzten Streikbeschlusses bei R. & G., sowie den Verlauf desselben, wobei aber von einzelnen Anhängern Holzfällers Behauptungen in bezug des Verhaltens des Kollegen Nitsche aufgestellt werden, die Nitsche dann sofort in seinen Ausführungen durch Zeugen (Freunde Holzfällers) als unwahr feststellt. Die Versammlung gibt empört ihre Ansicht über die Verleumdung kund.

In den weiteren Ausführungen weist Nitsche eingehend nach und läßt sich diese Ausführungen durch Zuruf von Freunden Holzfällers als wahr bestätigen, daß Holzfäller in dem letzten Streik eine mehr als fragwürdige Rolle gespielt hat. Nitsche bezeichnet es als ein Verbrechen, durch „schöne“ rabuläre Reden die Massen zu Aktionen aufzustacheln, sie dann zu verraten und dann wieder zur Arbeit treiben zu wollen. So könne es nicht mehr weiter gehen, der saule Kern müsse entfernt werden, um wieder gesunde Verhältnisse herbeizuführen. Die Kollegen müssen sich entscheiden, ob sie die Richtung Holzfällers oder die Ortsverwaltung stützen wollen. Wenn er nicht mehr das Vertrauen der Kollegen besitze, sei er bereit, die Konsequenz zu ziehen. Der Gauleiter gibt dann ein Bild von dem Werdegang Holzfällers, seine Ausführungen werden oft durch lauten Beifall, andererseits aber auch durch großen Tumult unterbrochen, der sogar in Tätlichkeiten gegen Nitsche auszuarten droht. Mit der Mahnung, die ganze Angelegenheit nur vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt, ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit zu beurteilen, beendet er unter starkem Beifall seine Ausführungen.

Nach einigen anderen Rednern erhält Koll. Holzfäller das Wort zu seiner Rechtfertigung. Er beruft sich in längeren Ausführungen den Kollegen seine politische Einstellung klar zu machen und sagt, die Anklage sei ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung, es werde versucht, Agenten des Kapitals zu sammeln, um die Einheitsfront zu sprengen. (Zwischenrufe behaupten, daß durch Anhänger Holzfällers die Einheitsfront bereits gesprengt sei.) Er bemängelt die Stellung der Gewerkschaft zu einzelnen Fragen, streift die Angelegenheit Köstner & Gottschalk und erklärt, er habe nicht gegen die Gewerkschaft gearbeitet, sondern nur zur Gründung einer kommunistischen Betriebsfraktion aufgefordert! In scharfer Weise wendet er sich gegen den Koll. Nitsche und bezeichnet ihn als einen zweiten Putz- und Kasse, geht aber auf die Anklagen Nitsches fast gar nicht ein, sondern versucht nur seine Stellungnahme bei der Verhandlung zu verteidigen und sagt zum Schluß: „Ihr habt zu entscheiden, ob ihr geföhrt oder verführt werden wollt, ihr habt die Wahl, wenn ihr mich herauschmeißt, werde ich wo anders unterkommen.“ Holzfäller schließt dann mit einem Bittat Lieb- nechts.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Gegen den Antrag auf Ausschluß des Koll. Holzfällers sprechen die Koll. Roschki und Kollatowski. Der Antrag wird dann zugunsten des Antragstellers des Koll. W. B. zurückgezogen, der lautet: „Der Gesamtvorstand hat unter Hinzuziehung von je vier Kollegen der drei politischen Parteien die Angelegenheit Holzfällers nochmals zu untersuchen und das Resultat der kombinierten Versammlung zu unterbreiten, die dann entscheiden soll.“ Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen. Hierauf wird der für die Kollegen Wenzel und Nitsche gestellten Vertrauensfrage von der äußerst stark besuchten Versammlung gegen zwei Stimmen zugestimmt.

Es folgt dann der Bericht von der Tarifverhandlung und der Betriebsrätezeitung. Nach lebhafter Debatte, in der die Notlage der Arbeiterchaft zum Ausdruck gebracht wurde, wird erst in der Marmorbranche, dann in der Werkstein- und ebenso in der Grabmalbranche das Angebot der Unternehmer angenommen, trotzdem es nicht befriedigt, so doch nur, weil es nur bis zur Mitte des Monats gilt. Damit war der Schluß der Versammlung erreicht, und wünschen und hoffen wir, daß alle nächsten Versammlungen auch so gut besucht werden und die Interessiertheit endlich abgeschüttelt wird.

## Kollegen und Kolleginnen! Am Schlusse des 2. Vierteljahres 1922 musterte der Zentralverband der Steinarbeiter 50795 Mitglieder

die höchste Mitgliederzahl, die bisher der Verband aufweisen konnte! Diese Zahl darf niemals wieder zurückgehen und selbstredend auch nicht stabil bleiben! Wer von den Verbandsmitgliedern das ebenfalls nicht wünscht, der erlaube nicht in der Werbearbeit!

Es darf in keinem Steinbruch, auf keinem Werkplatz und in keiner Werkstatt oder Fabrikraum, wo irgendwelche Steinbearbeitung vor sich geht, unorganisierte Fach- und Hilfsarbeiter oder Arbeiterinnen geben!

Wer unsere Errungenschaften auf tariflichem Gebiet, in Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich beansprucht, hat kein begründetes Recht, einer andern Organisation anzugehören! Wer für den Anschluß seiner Berufs-Kollegen an andere Organisationen eintritt, schwächt die betreffenden Kollegen der gesamten Industrie-Gruppe und ist damit ein Schädling der engeren Steinarbeiter-Interessen.

Die allein zuständige Organisation in allen Betrieben der Natursteinindustrie (Gewinnung, Verarbeitung, Transport) und in den Kunststeinbetrieben, soweit Steinmeßen, Steinschleifer, Steinbildhauer in Frage kommen, ist der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

**Göttingen.** Zu der am 12. August stattgefundenen Versammlung waren sämtliche am Orte beschäftigten Steinmeßen und Hilfsarbeiter erschienen. Koll. Koch (Leipzig) sprach über Zweck und Nutzen unserer Organisation. Hierauf wurde die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Einige Kollegen, die im Fabrikarbeiterverband organisiert waren, traten geschloßen über; die übrigen ließen sich neu aufnehmen. — Als Vorsitzender wurde Otto Thiele, als Kassierer Heinrich Kreffe gewählt. — Auf die zur Zeit noch sehr niedrigen Stundenlöhne soll eine Lohnförderer von 10 Mark an die Unternehmer durch die Gauleitung gestellt werden. — Zum Schluß fordert Koll. Koch die Anwesenden auf, die neue Zahlstelle zu festigen im Interesse des Steinarbeiterverbandes und zum Wohle der Kollegen am Orte.

**Schupbach.** (Eingekandt.) In Nr. 32 des „Steinarbeiters“ macht nach den Beschlüssen des Verbandstages der Zentralverband auf die Neueinteilung der Gawe und Bezirke der neugegründeten Stellen aufmerksam und fordert gleichzeitig zu Bewerbungen auf. Ich glaube, daß auf dem Verbandstage im großen ganzen der Gedanke maßgebend war, die einzelnen Gebiete besser und leichter zu bearbeiten, als es bisher der Fall war. Ich behaupte aber auch, daß dies bei der Zuteilung des Lahngebietes zum 9. Gau nicht der Fall sein kann und wird, da bei 68 Zahlstellen im 9. Gau wohl kaum mehr von der Gauleitung in Aufklärungsarbeit, Bildungsarbeit usw. geleistet werden kann, als es schon vor der Neueinteilung im 5. Gau bei 66 Zahlstellen der Fall war. Daß aber gerade hier im Lahngebiet die Agitation und gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit seitens der Verbands- sowie Gau- und Bezirksleitung in der Vergangenheit eine sehr unzureichende war, ist hier jedem Kollegen klar. Dies wird wohl auch kaum die Gau- und Bezirksleitung ernstlich bestreiten können. Ich will nun den genannten Leitungen damit keinen Vorwurf machen, sondern will nur andeuten, daß die Gawe sowie Bezirke zu groß sind. Wenn nun der Zentralvorstand schreibt, diese Einteilung sei der Wunsch der hiesigen Kollegen, so stimmt das nicht ganz. Die Kollegen des Lahngebietes waren und sind heute noch der Ansicht, daß die Bearbeitung unseres Gebietes eine bessere sein muß, als nun im 5. Gau oder im 9. Gau ist wohl jedem gleich. Wenn wir zurückblenden auf die verfloßene Zeit, und auf die Besuche der Gauleitung sowie der Bezirksleitung, so müssen wir feststellen, daß der Gauleiter innerhalb von drei Jahren zweimal unsere

Zahlstelle besucht hat. Einmal zu einer Versammlung und das letztemal während unseres letzten Streiks, und das auch nur im Vorbeigehen, ohne eine Versammlung abhalten zu können. Auch die Bezirksleitung kann die Zahlstellen nicht so oft besuchen als es notwendig wäre. So wurden wir bei unserem letzten vierwöchigen Streik von der Bezirksleitung überhaupt nicht besucht, und das bei einer Zahlstelle, die über 150 Mitglieder zählt. Diese Zustände sind, wie ich schon anfangs erwähnte, nur zurückzuführen auf die übergroßen Bezirke. Aus diesen Gründen heraus war die Kritik der Kollegen in den Versammlungen und in den Betrieben oft eine scharfe aber doch berechtigte. Man hat schon die Gründe dazu benutzt, einen ganzen Betrieb unserer Zahlstelle zum Fabrikarbeiterverband hinüberzugeben. Die Kollegen des Lahntales erwarten eine Einteilung, damit die gewerkschaftliche Bearbeitung des Lahntales eine bessere wird wie seither. Gerade hier im Lahntale, wo fast Marmorbruch an Marmorbruch ist und immer neue in Angriff genommen werden, ist ein reiches Arbeitsfeld für unsere gewerkschaftliche Agitation. Denn die Zukunft der Marmorindustrie Deutschlands liegt im Lahn- und Kerkerbachtal und damit auch die Zukunft unseres Verbandes. Darum rufe ich allen Kollegen und vor allen Dingen unserer gewerkschaftlichen Führung zu, nehmt auch mehr des Lahn- und Kerkerbachtals an. Mehr Agitation, mehr Versammlungen, mehr Aufklärungsarbeit, das ist, was uns hier nottut. Dem abzuhelfen, muß an erster Stelle Aufgabe unserer Führung sein. Dann werden auch wir hier im Lahntale endlich Zustände erreichen, die im Interesse der Steinarbeiter des Lahntales sowie im Interesse der Steinarbeiter im gesamten Deutschland liegen. In diesem Sinne mögen nun die neuen Führer die Arbeit im Lahngebiet aufnehmen, und ich glaube behaupten zu können, daß dann auch jeder Kollege zur Mitarbeit bereit sein wird. Chr. Kr., Schupbach.

## Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(18. August.)

(W. B. V.) „Weitere Verelendung breiter Volkschichten, Zerstörung des Budgetgleichgewichts, Absperrung der nötigsten Lebensmittel- und Rohstoffaufnahmen, Ausverkauf der Lagerbestände, Hungernot, Verzweiflungsausbrüche der Massen, Unterbühlung jeder Regierungsautorität, und speziell für die deutsche Industrie Vernichtung des Betriebskapitals und Erlahmen der Produktion.“ Das sind nach einer Erklärung, die der Reichskanzler vor Berliner Vertretern der ausländischen Presse gab, die unvermeidlichen Folgen des Marksturzes für Deutschland. Man wird im Auslande zu der Annahme neigen, daß Dr. Wirth mit Absicht ein sehr schwarzes Zukunftsbild entworfen habe, um durch die Vertreter der Auslands- und öffentlichen Meinung der Welt in bestimmtem Sinne zu beeinflussen. Wer jedoch völlig objektiv und mit offenen Augen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland studiert, wird zu dem Ergebnis kommen, daß wir uns schon mitten in der Entwicklung, die der Reichskanzler mit wenigen Worten skizziert hat, befinden. In dem Maße, wie Dollar, Gulden und englische Pfund steigen, schwindet für wichtige Zweige der deutschen Industrie die Möglichkeit, Aufträge zu festen Preisen hereinzunehmen und durch rechtzeitigen Einkauf von Rohstoffen den Gang der Produktion wenigstens auf zwei bis drei Monate sicherzustellen. Ausländische Roh- und Vorratstoffe kaufen, heißt unter heutigen Verhältnissen mit dem Dollar a la hausse spekulieren, denn jeder Mißschlag am Devisenmarkt muß bei den jetzigen hohen Kursen und Preisen eine Entwertung der eingekauften Rohmaterialien nach sich ziehen. Ein solches Risiko können die Industrien valutarischer Länder heute kaum noch ertragen. Wohl besteht augenblicklich für deutsche Fertigerzeugnisse auf der ganzen Linie eine stürmische Nachfrage. Das In- und Ausland kauft, was es in Deutschland an greifbarer Ware nur irgendwie erreichen kann. Das ist aber kein gesundes Geschäft mehr. Es ist nichts weiter als eine Ausplünderung des deutschen Warenmarktes durch valutarische Ausländer und durch einen kleinen Kreis von inländischen Millionären und Milliardären. Wer da hat, dem wird gegeben und wer wenig hat, dem wird auch noch das Letzte genommen. Der wirtschaftliche Verfall Deutschlands schreitet in diesen Wochen mit Riesenschritten vorwärts. Der aufs äußerste angepannte Beschäftigungsgrad der Industrie, der allgemeine Mangel an Arbeitskräften und die lebhafte Umfähe am Warenmarkt sind nichts weiter als Symptome hochgradigen Fiebers. So lange Deutschland unter einem furchtbaren politischen und wirtschaftlichen Druck gehalten wird, ist alle Mühe und Kunst der Wirtschaftspolitik unserer Regierung umsonst. Sollen wir aber die Hände in den Schoß legen? Sollen wir die Katastrophe wie ein Ereignis höherer Gewalt auf uns herniederbrechen lassen, ohne uns dagegen zu stemmen? Das wäre der Selbstmord der Nation. Der Reichskanzler hat mit seinem Appell an die Welt den Weg gewiesen, den alle wirtschaftlichen und politischen Organisationen, sowie vor allem auch die Presseorgane, beschreiten müssen. Die zivilisierte Welt, die dem Verfall Deutschlands stumpfsinnig und feige zugehört hat, muß auf jede erdenkliche Weise aus ihrer Gleichgültigkeit aufgeschreckt werden. Wer nur irgendwelche Verbindungen zum Auslande hat, muß sie benutzen, um die Öffentlichkeit anderer Länder auf die Katastrophe hinzuweisen, die zunächst Mitteleuropa, danach aber die ganze zivilisierte Welt, bedroht.

Die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes. Die wachsende Abhängigkeit des deutschen Lebensmittelmektes von den Schwankungen des Markturzes kommt in den Indexziffern für die Kosten der Lebenshaltung immer deutlicher zum Ausdruck. Richard Calmer berechnet die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie auf Grund der Lebensmittelpreisstatistik für 200 größere Städte Deutschlands im Juli d. J. auf 1653,09 Mark gegen 1281,59 Mark im Juni d. J. Hiernach ist im Berichtsmontat eine Erhöhung um 371,50 Mark je Woche oder 29,0 Prozent eingetreten. Seit Januar d. J. ist die Indexziffer auf das Dreifache gestiegen. Für die ersten beiden Monate des Jahres 1920 bis 1922 berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie im Reichsdurchschnitt, wie folgt:

	1920	1921	1922
Januar	130,65	381,70	548,85
Februar	147,65	359,56	674,39
März	167,60	356,19	778,96
April	189,78	351,27	1026,77
Mai	224,63	353,14	1092,94
Juni	232,15	351,55	1281,59
Juli	252,38	359,04	1653,09

Im Juli 1914 wurde die Indexziffer mit 25,12 Mark berechnet, es ist also im Vergleich zur Vorkriegszeit eine ungefähr 66fache Verteuerung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel eingetreten. Für einige größere Plätze in verschiedenen Teilen Deutschlands ergeben sich nachstehende Indexziffern:

	Juli 1921	Juni 1922	Juli 1922
Königsberg	334,23	1181,85	1598,79
Groß-Berlin	390,36	1250,66	1657,11
Beuthen	365,70	1270,62	1500,15
Dortmund	355,92	1356,00	1712,40
Bochum	363,72	1310,40	1655,22
Frankfurt a. M.	362,91	1239,22	1688,79
Köln a. Rh.	397,23	1446,39	1833,18
Münster	314,28	1135,74	1507,44
Leipzig	366,06	1308,93	1774,47
Hamburg	356,70	1318,62	1810,26

Die von Calmer außerdem noch berechnete Meßziffer für die sogenannten „kleine Nation“, die hauptsächlich Brot und Kartoffeln bedürftig ist, ist im Reichsdurchschnitt von 381,63 im Juni auf 521,65 Mark im Juli gestiegen. Die Verteuerung beträgt also hier 36,7 Prozent je Woche.

Die Kohlenversorgung gestaltet sich von Woche zu Woche schwächer. Sie hat sich für Bayern in der letzten Zeit um weitere 25 Prozent verschlechtert. Oberschlesische Kohle darf im allgemeinen nur noch bis zur Elbe bzw. Saale geliefert werden, den westlichen Abnehmern wurde der Bezug englischer Kohle anheimgestellt. Die

**Festanlage im Erzbergbau** nimmt an Unficherheit zu. Es herrscht starker Mangel an Eisenstein. Die Abwanderung der Arbeiter dauert an. In der Eisen- und Metallindustrie konnten bei weitem bisher nicht alle Ansprüche befriedigt werden. Viele Verbraucher haben sich genötigt, unter großen Opfern Eisen aus Lothringen, Luxemburg und Belgien zu beziehen. Da die Lieferfristen vielfach nicht eingehalten werden können, stellen sich namentlich im Verkehr mit dem Auslande Reibungen ein. Das Auslandsgeschäft ist stark umstritten durch den Wettbewerb der lothringischen, luxemburgischen und belgischen Werke. Im Röhrenmarkt macht sich auch der englische und amerikanische Wettbewerb bemerkbar. Bei den Maschinenbauanstalten liegen zum Teil noch Auftragsbestände für eine Reihe von Monaten vor. Allerdings scheinen die Maschinenmärkte der hochvaluarischen Länder stark gesättigt zu sein und viele Aufträge gehen bei dem regen Wettbewerb am Auslandsmarkt verloren. Es herrscht auch hier starker Mangel an Qualitätsarbeitern. Die Geschäfts- und Betriebslage im Waggonbau kann nur als mittelmäßig bezeichnet werden. Der Beschäftigungsgrad hat sich zum Teil dadurch etwas abgeschwächt, daß die Werke mehr und mehr ihre Rückstände aufgearbeitet haben. Neue Auslands- und Inlandsaufträge wurden in letzter Zeit nur in geringem Umfangem getätigt. In der **elektrotechnischen Industrie** mehren sich die Anzeichen von Absatzstagnation. Die Auslandsbestellungen haben teilweise nachgelassen und auch im Inlande werden Projekte vielfach mit Rücksicht auf den Geldmangel zurückgestellt. Die **chemische Industrie** ist im allgemeinen noch gut beschäftigt, klagt aber über Mangel an Roh- und Brennstoffen. In eine recht bedrückende Lage ist durch den neuesten Marktwert das **Spinn- und Webstoffgewerbe** gekommen. Die Rohstoffpreise folgen hier der Bewegung des Dollars fast stündlich, wodurch jede Kalkulation außerordentlich erschwert wird. In verschiedenen Bezirken wird trotz der Geldentwertung über einen Auftragsrückgang berichtet, da die Abnehmer nicht gewillt sind, sich auf gleichende Preise einzulassen, die für die Übernahme des ganzen Konjunkturrisikos bedeuten. Bezeichnend für die Unficherheit ist die Tatsache, daß die Spinnereien von ihren inländischen Abnehmern vielfach eine Bezahlung in Dollar und englischen Pfund verlangen. Da die Beschäftigung in der Industrie dank des älteren Auftragsbestandes noch gut ist, nehmen die Rohstoffvorräte sowohl im Großhandel wie bei den Spinnern erheblich ab. Neue Aufträge gehen nicht mehr in früheren Maße ein. Die letzten Verbraucher suchen sich allerdings vorläufig noch nach Möglichkeit einzudecken, so weit ihre Kaufkraft reicht. Die jetzige Geldverknappung bereitet vor allem den mittleren und kleineren Betrieben sehr große Schwierigkeiten. In der **Verarbeitungsindustrie** war die Nachfrage nach greifbarer Ware zeitweilig sehr stürmisch. Es handelt sich um ausgeprägte Samstagskäufe. Die **Schuhfabriken** sind bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Fabrikanten fordern zum Teil eine Erhöhung der Gütekontrollen mit Rücksicht auf die dort stattfindenden Preistreiberereien. Die fortschreitende Teuerung hat sehr ungünstig auf alle Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zurückgewirkt. Ein Rückgang der Beschäftigung zeigt sich in **Nährmittelbetrieben, Konserven- und Würstfabriken, verschiedenen Brauereien und der Tabakindustrie.**

Nach den neuesten Berichten über die Arbeitslosigkeit in 36 deutschen Städten betrug die Gesamtzahl der unterrichteten **Vollwerkslofen** an diesen Plätzen am 5. August d. J. 11 800 gegen 12 985 am 22. Juli d. J. Die stärkste Arbeitslosigkeit weisen auf Groß-Berlin mit 3641, Breslau mit 1487, Hamburg mit 980 und Dresden mit 356 Vollwerkslofen.

## Rundschau.

**Aus der Steinindustrie.** Schmelzen von Basalt. In München auf der Tagung des zweiten Natursteinkongresses machte Herr Direktor Dr. Ing. Hans Barkhausen in seinem Referat über „Wirtschaftliches Arbeiten in Natursteinbetrieben“ bereits aufschmerzend kurze Andeutungen betreffs „Schmelzen von Basalt“ und knüpfte daran Ausblicke für die Zukunft. Namentlich macht folgende Notiz in der Fachpresse die Runde: „Die außerordentliche Härte von Basalt beschränkte seinen Gebrauch bisher auf Baugewerbe und Straßenbau, doch hat Dr. Rabe nun gezeigt, daß Basalt sich bei 1300 Grad Celsius schmelzen und gießen läßt, ohne seine Eigenschaften zu verlieren, weshalb er wahrscheinlich in der chemischen Industrie ausgedehnte Anwendung finden wird. Dr. Rabes Verfahren ist, nach „Chemie et Industrie“ von der Compagnie Generale du Basalte vervollkommen worden, sie erklärt, bald einen groben Basalt für Straßenpflaster und ein feineres Produkt für chemische und elektrische Zwecke herauszubringen zu können. Als elektrischer Isolierstoff hat Basalt gegenüber Glas und Porzellan den Vorteil, vom elektrischen Strombogen nicht aufgelöst zu werden; er wird wieder hart, sobald der Strom aufgehört hindurchzugehen. Ferner sind Waren aus Basalt fast unzerbrechlich, und Eisenstangen lassen sich in Basalt einbetten, ohne daß man sie nachher mit Zement zu verkiten braucht. Bei Laboratoriums- und Fabrikproben erwies sich Basalt gegen Zersetzung, sogar durch heiße Säuren, sehr widerstandsfähig.“ Ist diese wissenschaftliche Auslassung gestützt auf Experimente richtig, dann ergibt sich für die Basaltbruchindustrie künftig eine heute unübersehbare Umwälzung, und man muß gespannt die weiteren Prüfungsergebnisse abwarten.

**Abgabenermäßigung für Granitarbeiten** bei Ausfuhr tritt seit 24. Mai in Kraft. Die Herabsetzung der Ausfuhrabgabe unter 5 Prozent gilt für geschliffene oder polierte Steinmetzarbeiten aus Granit, Porphy, Schenit und ähnlichen Steinen, mit Ausnahme von Platten, für die eine 6prozentige Ausfuhrabgabe vorgezogen ist. Beantragt ist auch hier eine Ermäßigung Platz greifen zu lassen.

**Ausfuhr nach Polen.** Die bisher gültig gewesene Anordnung über verschärfte Anwendung der Ausfuhrverbote ist nunmehr aufgehoben, ebenso die einschränkenden Sonderbestimmungen für die Ausfuhr nach Danzig und dem polnisch gewordenen Teile des oberschlesischen Abtinnungsgebietes. Im Interesse unserer östlichen Steinindustrie ist diese Milderung offensichtlich von Vorteil.

**Gewerkschaftliches.** Dank der russischen Regierung. (Z. G. B.) Auf der dritten Tagung des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees am 12. Mai dieses Jahres hat der Vorsitzende Kalinin sich in den folgenden Worten über die Amsterdamer Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland ausgesprochen: „Die Amsterdamer Internationale zählt 20 000 000 Mitglieder, und wenn man sieht, daß diese 20 000 000 Mitglieder nur 92 000 Menschen ernähren, muß man zugeben, daß diese Zahl mit unserm russischen Maßstabe gemessen ohne Frage klein ist. Wir müssen hier eingestehen, daß die ausländischen Gewerkschaften oder besser gesagt ihrer Führer zur Zeit gar nicht wollen, daß die Arbeiter Rußlands helfen. Ihre Hilfe gleicht der Hilfe der französischen Regierung. Die letztere wies der Sowjetregierung 6 Millionen Frank und ich fürchte, sie werden zuletzt für einen Angriff gegen uns in die Hände der Weißgardisten fallen. Es ist deshalb möglich, daß die Generale und Vorgesetzten der Gewerkschaften vorwärts nicht helfen wollen und deshalb die Bremse anziehen. Oder aber diese 20 000 000 Arbeiter glauben ihren Führern nicht, mißtrauen ihren Generalen und zweifeln an der Aufrichtigkeit des Appells.“ Der Internationale Gewerkschaftsbund ist von kommunistischer Seite an die niedrigsten Verleumdungen seit Jahren gewöhnt. Er würde es nicht der Mühe wert achten, diese unwürdigen Unterstellungen zurückzuweisen, wenn hier nicht die selbstlose Opferwilligkeit der europäischen Arbeiter verdächtigt würde, die selbst unter der furchtbaren Pein der Arbeitslosigkeit und Teuerung zu leiden haben und trotzdem den wiederholten Aufrufen des Bureau bereitwillig Folge leisteten. Die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes gründet sich ausschließlich auf Beiträge der Arbeiterschaft; es war von vornherein klar, daß die Sammlungen der wenigst bemittelten Schicht der europäischen Völker niemals eine großzügige Hilfeleistung der Regierungen ersehen konnte; infolgedessen hat der Internationale Gewerkschaftsbund in seinen Aufrufen stets nachdrücklich gefordert, daß die Regierungen ihre Menschlichkeit gegenüber Rußland erfüllen müßten. Die europäische Arbeiterschaft hat getan, was in ihren Kräften stand — und der Dank, den die Zentralbehörde des Chubasgebietes dem Inter-

nationalen Gewerkschaftsbund ausgesprochen hat, wiegt schwerer für die Arbeiter als die Geringfügigkeit, mit der der Vertreter der russischen Regierung nunmehr ihre Hilfe bekennt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich bereit erklärt, „sein Hilfswerk, nun die allgrößte Not in den bäuerlichen Distrikten in absehbarer Zeit behoben sein wird, auch auf die in den Städten und Industriebezirken wohnenden notleidenden Arbeiter auszu dehnen“. Es kommt ihm darauf an, in begrenztem Rahmen wirklich Hilfe zu bringen — nicht um den Dank der russischen Regierung zu ernten, sondern um der Bande der Menschlichkeit und der Solidarität willen, die die Arbeiter Europas trotz der kommunistischen Geze mit den russischen Arbeitern verbinden.

**Zusammenfassung der christlichen Gewerkschaften und der Gelben unter Führung der Deutschen Nationalen?** Aus dem Deutschen Landarbeiterverband schreibt man uns: „Der Deutsche“, das Sprachrohr des Herrn Adam Stegerwald und der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, nimmt andauernd scharf Stellung gegen die wirtschaftsfriedlichen Berufsverbände. Wenn seinen Anhängern Glauben beigegeben werden soll, wird er nicht umhin können, sich zu einem „streng vertraulichen“ Rundschreiben der Deutschen Nationalen Volkspartei zu äußern. In diesem heißt es: Die Sozialdemokratie ist wirtschaftlich und politisch der Feind der bürgerlichen Parteien und Organisationen. Ihr entschiedenster Gegner im politischen Kampf ist die Deutsche Nationalen Volkspartei und in wirtschaftlicher Hinsicht sind es die christlichen Gewerkschaften. Diese beiden großen Verbände haben sich nun zusammengefunden zum gemeinsamen Kampfe gegen ihren gemeinsamen Feind. Das war um so leichter, da ja die Führer der christlich organisierten Arbeiterschaft — Küffer, Behrens, Lambach — selbst Mitglieder der deutschen Nationalen Arbeiterpartei sind. Die Deutsche Nationalen Volkspartei faßt nun in allen Kreisen die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaften zu deutschen Nationalen Arbeitervereinsgruppen (1) zusammen, die dann mit zunehmender Stärke der christlichen Gewerkschaften einen immer mehr rechts gerichteten Kurs gehen mit dem Ziel: wirtschaftsfriedliche Lösung der Lohnstreitigkeiten und Zusammenfinden zum nationalen Volksstaat. Der Kampf, zu dem sich die christlichen Gewerkschaften und die Deutsche Nationalen Volkspartei nach den Angaben des Rundschreibens zusammengefunden haben, richtet sich in erster Linie — wenn das auch nicht mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht wird — gegen die freien Gewerkschaften, denn nichts anderes bedeutet der angebliche Kampf gegen die Sozialdemokratie. Nach am Gewerkschaftskongress in Leipzig wandte sich der Reichsarbeitsminister Brauns gegen die „neue gelbe Bewegung“. Es ist als sicher anzunehmen, daß er dies nicht tat, ohne im Einklang mit der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften zu stehen. Um so weniger glaubhaft klingt die Behauptung des Rundschreibens, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit mit den Gelben und der deutschen Nationalen Arbeiterpartei sich vereinigt haben soll. Wahrscheinlich ist dagegen, daß der deutsche Nationalen Flügel der christlichen Gewerkschaften unter Führung des Herrn Franz Behrens und Genossen ein derartiges Nebeneinkommen getroffen haben. Es entsteht dann die Frage: könnten Stegerwald, Brauns usw. ein derartiges Bündnis mit ihrer Ehre und mit ihren sonstigen Anschauungen vereinbaren? Wieweil Herr Behrens mit den Gelben und den deutschen Nationalen Arbeiterbünden zusammengeht, beweist ein Schreiben von ihm vom 28. Juli, in dem er ihnen für ihre Maßnahmen bei Arbeitsvermittlung, Stellung von Anträgen an die Schlichtungsausschüsse usw. Verhaltensmaßnahmen gibt. Das Zusammenarbeiten beider mit verteilten Rollen wird damit klar erwiesen, und es wird dann auch verständlich, aus welchen Beweggründen dieser Fakultät der christlichen Gewerkschaften Gelder von deutschen Nationalen Unternehmern zugeflossen sind. In Wirklichkeit sind die um Behrens und Genossen „die neuen Gelben“, die unter falscher Flagge segeln und die aus taktischen Gründen sich noch Gewerkschaft nennen, um so die Geschäfte der Deutschen Nationalen Volkspartei unerkannt und erfolgreich bezogen zu können. Was sagt die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften zu dem Verhalten der Behrens und Genossen, wenn sie die Vereinbarung mit der Deutschen Nationalen Volkspartei selbst gibelnt?

**Soziales.** Was fehlt am Schwangerenjahre? Man hat schon vor Jahren festgestellt, daß die Arbeit der Frau einen großen Einfluß auf die Schwangerschaft hat. So fand man, daß die Arbeiterinnen, die im Sommer nach der Ernte entbinden, eine unnatürlich kürzere Schwangerschaftsdauer haben. Ebenso fand man, daß sich das Gewicht der Frucht durch Anstaltspflege in der letzten Schwangerschaftszeit erhöht. Neue Untersuchungen hat man nun nach dieser Richtung in Wien angestellt, die beweisen, in wie hohem Maße die Frauensarbeit und das soziale Los auf die proletarische Nachkommenschaft einwirken. Wie Dr. Keller darüber in der Zeitschrift für Hygiene berichtet, ist das Gewicht der Neugeborenen des wohlhabenden Mittelstandes allgemein höher als das Gewicht der Neugeborenen des Proletariats. Auch die Länge ist beim Mittelstande größer. Zugleich beweisen uns die Fellerschen Zahlen aber auch, was eine soziale Behandlung der Frau zur Zeit der Schwangerschaft ausmacht. Je länger die Frauen vor der Schwangerschaft in der Klinik gewesen sind, um so besser wurden Länge und Gewicht. Das heißt, je mehr der Frau vor der Schwangerschaft Ruhe und Pflege möglich ist, um so günstiger wird die Nachkommenschaft gesundheitlich gestellt. Es ist ja bekannt, daß das Gewicht der Neugeborenen bei den Geschlechtern verschieden ist. Aber noch größer ist, wie sich herausgestellt hat, der Einfluß der sozialen Momente! Aber das Gute haben die Untersuchungen ergeben, daß sich diese ungleiche Lage ausgleichen läßt. Durch günstigere Lebensbedingungen können diese Gefahren für die proletarische Nachkommenschaft beseitigt werden. Und diese besseren Lebensbedingungen faßt Keller auf Grund jener Untersuchungen zusammen in: Vorsehung der hinreichend der Arbeitsleistung und Ernährung in den letzten vier Wochen der Schwangerschaft. Es müßte darum auch gesellschaftlich für ausreichende Versorgung gesorgt werden. Was eine derartige Fürsorge bedeuten würde, zeigt die Tatsache, daß sich das Gewicht der proletarischen Neugeborenen dann bis zu 350 Gramm heben würde.

**Säuglingssterblichkeit und Frauenarbeit.** In Buenos Aires, der argentinischen Bundeshauptstadt, hat man Untersuchungen über die Kindersterblichkeit angestellt, über die die Hygienische Rundschau nach einer argentinischen Zeitschrift berichtet. Danach ergaben die Feststellungen unter anderem, daß die vorzeitige Trennung von Mutter und Kind eine der Hauptursachen der Säuglingssterblichkeit ist. Und daß diese frühzeitige Trennung im Proletariat leider nur zu oft in der Berufsarbeit der Frau ihre Ursache hat, ist wohl allbekannt. Wir sehen immer wieder, wo es in der Welt auch sei, daß das soziale Leben die Wurzeln zum Aufstieg der Menschheit in sich birgt.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurde das Mitglied **Johann Grau** nach § 3 Abs. 4 b des Statuts aus der Zahlstelle **Heidingsfeld**.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 22. August die Abrechnung für das II. Quartal noch nicht eingekandt:

1. Gau: Emben, Straßburg.
2. Gau: Grünberg.
3. Gau: Frohburg.
4. Gau: Minden, Reiffenhäusen.
5. Gau: Forzheim.
6. Gau: Hauzenberg, Teuschnitz.
7. Gau: Bohenhausen, Rinn a. N.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Würzburg.** Der Gauangestellte **Lohse** hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen; die Zahlstellen werden erucht, sich in allen Angelegenheiten, für die die Gauleitung zuständig ist, wieder an Kollegen **Lohse** zu wenden! Adresse wie bisher: Rüdertstraße 7, 3.

## Quittung

über eingegangene Gelder vom 29. Juli bis 18. August 1922.

Oberaula 5000.—, Neanderthal 5492.90, Neubau 715.—, Kupferdreh 1376.20, Essen 88.20, Elberfeld 780.40, Gifhorn 152.—, Jersbit 143.—, Magdeburg Inf. 108.—, Mülfchenbach 27.—, Bad Lausick 329.—, Zophofen 6.—, Thomasberg 2701.—, Augsburg 7703.—, Arnstadt 23031.40, Dortmund 205.—, Greiffenberg 1146.—, Hofermühle 3837.20, Kl. Steinheim 3000.—, Lendorf 11765.90, München 14891.—, Raumünzach 637.70, Westerde 1818.—, Jevon Inf. 48.50, Oiberrnau 112.—, Malchin 140.—, Arnswalde 90.—, Landstuhl 157.—, Wellenden 84.—, Weimar 2704.—, Weucha 16000.—, Demitz 10.—, Steinhilfen 20.—, Ufherleben 132.—, Eckernförde 132.—, Troffenfurt 3000.—, Saafen 800.—, Mittweida 16856.—, Lettmathe 1400.—, Langenaubach 1539.20, Ludwigshafen 5000.—, Lbbau 9810.20, Königshain 5500.—, Königslutter 2028.25, Hemsbach 26000.—, Gefrees 5392.90, Flechtingen 1667.80, Frankfurt a. M. 10000.—, Behheim 2000.—, Nachen 3795.20, Fetschenbach 3.—, Büchlberg 72.50, Dietesheim 3000.—, Eichbach 1125.—, Großheubach 4000.—, Gudenberg 12000.—, Hof 1500.—, Lobejün 10000.—, Dberriedenberg 3642.20, Brenzlau 635.40, Bernigerode Inf. 60.50, Gifhorn 114.—, Nienberg 645.—, Dobrilugk Inf. 235.25, Häslicht (B. u. Sp. B.) 300.—, Zapfendorf 157.60, Wirsberg 3024.—, Bierath 1760.—, Nirmberg 9434.20, Mannheim 8000.—, Maulsbrom 3769.50, Landeck 500.—, Lnz 7695.70, Grimma 5000.—, Gritten 7649.80, Eichenbühl 24.—, Cunewalde 6758.05, Leipzig Inf. 20.—, Duisburg Inf. 90.50, Steimbach Inf. 30.75, Berlin (D.) 106.—, Löwenhain 24.—, Beerwaldermühle 330.85, Duisburg 4636.10, Gelsenkirchen 2334.20, Mayen 35000.—, Mühlhausen 160.—, Randersacker 7000.—, Solnhofen 4000.—, Volkmarren 2382.20, Forst 915.—, Raßbach b. Weiffensels 172.—, Wittendorf 122.—, Finsterwalde 150.—, Billingen Inf. 30.50, Forgelow Inf. 96.50, Eubenberg 3000.—, Floß 15 528.—, Gommern 35 926.90, Hamburg 26000.—, Queckborn 3000.—, Raßdorf 9036.40, Rammelsbach 10590.—, Halle 4000.—, Rentfelmühle 4650.—, Lausick 350.—, Tangermünde 32.—, Hoffeld 16.—, Kleingradenbach 55.—, Riesa 6500.—, Bernigerode Inf. 54.75, Altendiez 7000.—, Bohenhausen 5500.—, Doffenheim 2000.—, Fetschenbach 6000.—, Frohburg 4837.80, Hohenberg 3464.40, Karlsruhe 1000.—, Kasbach 2204.60, Osterode 3000.—, Weiffen 4000.—, Wilsfrath 6158.50, Hall 135.—, Schmölln 93.—, Reichenbach i. Vogtl. 348.—, Waldenburg 36.—, Altenhain 20734.40, Gierzhagen 1852.20, Rembach 803.50, Keilheim 4000.—, Ober-Feilau 8000.—, Dberwiefen 1073.60, Raumünzach 5000.—, Frohburg 20000.—, Wülfchenburg 10 357.90, Fürth Inf. 42.75, Baalsdorf 69.—, Leipzig 75.—, Widdert 56.—, Utleiningen 1500.—, Ulm 5000.—, Westhofen 1661.90, Bühlau 2.75, Lebrte 30.50, Effen Inf. 166.25, Tangermünde Inf. 24.75, Beilstein 3040.—, Gemünden 2000.—, Homburg 3000.—, Häsicht 3000.—, Mülfchenbach 2332.—, Mayen 1559.80, Rauenberg 1500.—, Waldenburg 2021.—, Wiesbaden 3480.—, Derkinghausen Inf. 100.—, Schirgiswalde 75.—, Paiten 2980.60, Odersbach 2500.—, München 10000.—, Langenlheim 14000.—, Rinn 12276.25, Hölzenhausen 2645.70, Grimma 5000.—, Groß-Kunzendorf 14000.—, Fehlgrißhausen 6459.90, Baugen 677.90, Arenalsee Inf. 30.75, Waltersdorf 141.—, Eifenberg 150.—, Bamberg 239.50, Grünsfeld 10000.—, Kirchenlamitz 10000.—, Mühlhausen 5000.—, Theuma 3414.60, Sinzig 2200.—, Röhrenbach 4853.60, Pilgramreuth 2000.—, Oberbeßingen 1892.40, Meiten 5000.—, Magdeburg 10000.—, Lauterecken 17000.—, Hafferode 4413.90, Flonheim 200.—, Frankfurt a. M. 10000.—, Born 335.—, Dsnabrück Inf. 60.75, Crivitz Inf. 30.75, Flensburg 778.—, Buer 250.—, Gransee 136.—, Schramberg 91.—, Freiburg i. Br. Inf. 84.50, Verdingen 4774.50, Eibelsstadt 4500.—, Eifershausen 7559.70, Lauterbach 3000.—, Niederlinda 6800.—, Neumark i. Sachsen 3760.40.

Ludwig Geist, Kassierer.

## Adressänderungen.

2. Gau. Ebersdorf b. Neurode i. Schlef. Vorj.: August Scholz, Weidlergut; Raff.: Erich Rhybilla.
3. Gau. Mittweida. Vorj.: Josef Kunze, Damaskstraße 41.
4. Gau. Cassel. Vorj.: Johann Mayer, Holländische Straße 131. Sülzingen. Raff.: Christ. Märtenz.
6. Gau. Ludwigshafen a. Rh. Vorj.: Jakob Müller, Friesenheimer Straße 32. Raumünzach. Raff.: May Sid. Reinheim. Vorj.: Jos. Nothenberger in Heberau b. Reinheim.
7. Gau. München. Raff.: Michael Lallinger, Rottamstraße 511.
8. Gau. Treuchtlingen. Raff.: Karl Reif, Krankehausstraße 172.

## Anzeigen

**Högler's Schriftzeidnerei** Sofort gesucht 3-4 Steinbrecher bzw. Steinflößer, 2-3 tüchtige Steinbauer und 2-3 Pflastersteinmacher. Es sollen sich nur Leute melden, welche schon in Rußland Stein oder Granit gearbeitet haben. Entlohnung nach Tarif 44 Mark Stundenlohn oder günstigem Akord. Steinindustrie Herdecke, G. m. b. H. in Herdecke-Ruhr.

**Tücht. Steinmetzen, Hand- u. Maschinenschleifer gef.** Friedrich Högler, Steinmetze, Firth i. Bay. (S. Unterkunft wird bestens gesorgt)

**Tücht. Granit-Maschinenschleifer** bei hohem Lohn sofort oder später gesucht. Otto Kopp, Bildhauer u. Steinmetz, Döbblingstr. 22.

**2 tücht. Granitsteinmetzen** gesucht bei Tariflohn nach Alpirsbach. Für Wohnung ist gesorgt. Württemberg-Schwarzw. Granitwerk Gebrüder Arnold, Alpirsbach.

**Marmorfäher** für Vollgatter, unverschleitet, in dauernde Arbeit gesucht. Steffner Steinindustrie Akt.-Ges., Ettlin.

## Gestorben.

Unser lieber Vater werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Königsberg** am 29. Juni der Granitfleifer **Karl Alex**, 62 Jahre alt, Magenkrebs.

In **Baun** am 21. Juli der Pflastersteinarbeiter **Josef Miol**, 45 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Häslicht** am 28. Juli der Granitsteinmetz **Rudolf Dösch**, 36 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Röhrenbach** am 28. Juli der Hilfsarbeiter **Georg Bauer**, 48 Jahre alt, Magenkrebs.

In **Lauterecken** am 31. Juli der Sandsteinmetz **Ph. Hahnwald**, 64 Jahre alt, Verleiden.

In **Gummersbach** am 5. August der Hilfsarbeiter **Ernst Klasing**, 23 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Crottendorf** am 8. August der Brecher **Alfred Langer**, 45 Jahre alt, Magenleiden.

In **Mühlhausen** (Thür.) am 8. August der Steinmetz **Karl Schlegel**, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Flauen** am 11. August der Sandsteinmetz **Albin Meß**, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Wehlar** am 12. August der Steinmetz **Adam Kraus**, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Zeil** am 14. August der Sandsteinmetz **Martin Wirth**, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Ghre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.